

Wir sind alle arm

Autor(en): **Niemietz, Kristian**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **89 (2009)**

Heft 971

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-168308>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wer von Statistikern offiziell für arm erklärt wird, ist nicht unbedingt arm. Klingt paradox, ist es aber nicht. Unsere politisierte Armutsforschung macht es möglich.

Wir alle sind arm

Kristian Niemietz

Keine guten Zeiten für Kinder. Seit Mitte der 1990er Jahre, so argumentierte vor einiger Zeit eine Unicef-Studie, hat in den meisten OECD-Ländern die Kinderarmut deutlich zugenommen. Die Lösung, die Unicef präsentiert: es braucht höhere Staatstransfers.

Zwar gibt es in der Studie einige Passagen, die stutzig machen müssten. Die Schweiz etwa liegt bei der Kinderarmut gleichauf mit der Tschechischen Republik. Ungarn steht besser da als Luxemburg, und in Polen gibt es weniger Kinderarmut als in Japan. Dass solche Ergebnisse nicht ganz unproblematisch sind, erwähnen die Unicef-Forscher zwar, aber dann wird dieser Einwand im Rest der Studie ignoriert.

Unicef folgt der Konvention der meisten wohlhabenden Länder, Armut relativ zu definieren. Ein Haushalt gilt demnach als arm, wenn sein Jahreseinkommen den nationalen Durchschnitt um einen bestimmten Prozentsatz unterschreitet. Das ist geradezu ein Freibrief, um die Debatte von Wachstumsfragen weg und hin zu Verteilungsfragen zu lenken.

Nehmen wir zwei gegensätzliche Länder, ein angelsächsisches und ein klassisch sozialdemokratisches. Verwendet man eine Armutsgrenze von 50 Prozent des Medianeinkommens, wie dies die Statistiker gewöhnlich tun (dieses Einkommen teilt die Bevölkerung in zwei gleich grosse Gruppen: die eine Hälfte verdient mehr, die andere Hälfte verdient weniger), so ergibt sich ein scheinbar eindeutiges Bild: Im Jahr 2000 lebten in den USA volle 17 Prozent der Bevölkerung in Armut, in Schweden dagegen nur 6,5 Prozent.

In den USA ist allerdings eine andere Armutdefinition gebräuchlich. Dort ergibt sich die Armutsgrenze aus den Kosten einer gesunden, nährstoffreichen Ernährung, multipliziert mit dem Faktor drei. Wendet man diese «absolute» Armutsgrenze preisbereinigt auf beide Länder an, so schrumpft der Unterschied auf 1,2 Prozentpunkte zusammen. Immer noch ein leichter Vorteil für Schweden also,

aber kein Grund, um wieder das Loblied auf das «skandinavische Sozialmodell» anzustimmen.

Auch die Wirtschaftsgeschichte vieler Länder müsste umgeschrieben werden, wenn absolute statt relativer Indikatoren verwendet würden. In Grossbritannien etwa erzählt der relative Armut Indikator folgende Geschichte: In den Nachkriegsjahrzehnten war die Armut niedrig und stabil. In den 1980er Jahren explodierte sie dann plötzlich, und seitdem verharrt sie auf hohem Niveau. Daten des Institute for Fiscal Studies dagegen, die die Armutsgrenze des Jahres 1996 (preisbereinigt) auf den gesamten Zeitraum anwenden, ergeben ein völlig anderes Bild: anfangs der 1960er Jahre lebte demnach noch mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Armut. Dieser Anteil fiel während der 1960er Jahre, stieg während der beiden Ölkrisen wieder an – und fiel in den 1980er Jahren deutlich. Auf dem Kontinent aber ist die Vorstellung fest verankert, der «Thatcherismus» und seine Nachwirkungen hätten weite Kreise der Bevölkerung ins Elend gestürzt.

Nichtsdestoweniger stützt sich die Armutsforschung inzwischen hauptsächlich auf relative Indikatoren. Mit steigenden Lebensstandards, so wird argumentiert, ändern sich soziale Normen. Ein Lebensstandard, der bisher als auskömmlich galt, kann jetzt als völlig unzureichend empfunden werden. Eine Gesellschaft kann also gar nicht aus der Armut «herauswachsen». Wen überrascht es da noch, dass Armutstudien regelmässig zu dem Ergebnis kommen, Wirtschaftswachstum sei nebensächlich geworden; es komme stattdessen darauf an, den vorhandenen Wohlstand «gerechter» zu verteilen.

Der Sozialwissenschaftler David Brady von der Duke University in North Carolina beispielsweise modellierte die Armutquoten mehrerer Länder in Abhängigkeit von verschiedenen politischen, ökonomischen und demographischen Faktoren und fand: je stärker die politische Linke eines Landes ist, desto geringer ist die Armut. Bradys Erklärung: *«Die Linke treibt den Ausbau des Wohlfahrtsstaates voran. Und wie die Forschung bereits erwiesen hat, wird durch den Ausbau des Wohlfahrtsstaates die Armut gesenkt.»*

Wer solche Ergebnisse anzweifelt, dem wird in der Regel vorgeworfen, er wolle die Armut «wegdefinieren». Darum geht es nicht. Es geht vielmehr darum, ein realistisches Bild davon zu gewinnen, wie vielen Bürgern es wirklich an Notwendigem mangelt. Natürlich gibt es auch in Westeuropa und Nordamerika Menschen, die arg knausern müssen und sich Dinge nicht leisten können, die viele andere als selbstverständlich empfinden. Es stellt sich allerdings die Frage, ob eine politisierte Armutsforschung wirklich den Interessen dieser Bürger dient, oder ob sie eher die egalitäre Agenda des einen oder anderen Sozialwissenschaftlers befördert.

KRISTIAN NIEMIETZ, geboren 1980, ist Poverty Research Fellow am Institute of Economic Affairs und Doktorand am King's College, London. In der nächsten Ausgabe folgt ein Text von David Zollinger zur Umverteilung in westlichen Gesellschaften.